

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wieczorek (Duisburg), Conrad, Dr. Diederich (Berlin), Diller, Esters, Jungmann (Wittmold), Kühbacher, Matthäus-Maier, Nehm, Purps, Reschke, Sieler (Amberg), Dr. Struck, Waltemathe, Walther, Dr. Wegner, Zander, Poß, Börnsen (Ritterhude), Dr. Hauchler, Huonker, Kastning, Dr. Mertens (Bottrop), Oesinghaus, Opel, Westphal, Dr. Wieczorek, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

— Drucksache 11/6882 —

Währungsunion (II):

Einfluß der Währungsunion auf die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Beckmann, hat mit Schreiben vom 23. April 1990 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie hoch sind das aktuelle BSP und BIP der DDR insgesamt und pro Kopf im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland?

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Deutschen Demokratischen Republik werden bisher nach dem Konzept des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe erstellt. Dessen Berechnungssystem enthält die angesprochenen Aggregate BSP, BIP und Bruttowertschöpfung nicht. Mit der Vorlage von verlässlichen Daten zur Höhe und Struktur des Bruttosozialprodukts der Deutschen Demokratischen Republik kann wegen fehlender statistischer Voraussetzungen zumindest für die Vergangenheit in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden.

Die bisherigen Schätzungen von Aggregaten sind somit als mit großen Unsicherheiten behaftete Umschlüsselungs- und Quantifizierungsversuche anzusehen, die eine erhebliche Streubreite aufweisen. Eine zuverlässige und aktuelle Schätzung der oben angesprochenen Aggregate liegt nicht vor.

2. Wie ist die aktuelle Bruttowertschöpfung der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland nach Wirtschaftsbereichen (absolut und v. H.-Anteile)?

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in der Deutschen Demokratischen Republik 1989 wird vom Statistischen Amt der Deutschen Demokratischen Republik wie folgt geschätzt:

	in Mrd. Mark (Ost)	in v.H.
Industrie und produzierendes Handwerk	197,63	53,76
Bauwirtschaft	20,71	5,63
Land- und Forstwirtschaft	33,64	9,15
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	19,33	5,26
Binnenhandel	25,84	7,03
Sonstige produzierende Zweige	11,45	3,12
Produzierender Bereich insg. unbereinigt	308,61	83,95
Verrechnungen für den Produktionsverbrauch	14,28	3,88
Produzierender Bereich insg. bereinigt	294,33	80,07
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft		
Geld- und Kreditwesen u. a.	---	
Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Sport u. a.	21,03	5,72
Staatliche Verwaltung, Parteien und Massenorganisationen	27,65	7,52
Nichtproduzierender Bereich, insgesamt	59,01	16,05
Bruttoinlandsprodukt	353,34	96,12
Insgesamt unbereinigt	367,61	100,00

Die Bruttowertschöpfung betrug 1989 in der Bundesrepublik Deutschland:

	in Mrd. DM	in v.H.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	35,74	1,65
Energiewirtschaft und Bergbau	72,27	3,34
Verarbeitendes Gewerbe	705,04	32,56
Baugewerbe	119,00	5,50
Handel	194,32	8,98
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126,41	5,84
Sonstige Dienstleistungen	477,15	22,04
Wohnungsvermietung	150,10	6,93
Staat	238,57	11,02
Private Haushalte, Priv. Org. o. E.	46,52	2,15
Insgesamt	2 165,12	100,00
BIP	2 237,03	103,32

3. Wie stellen sich Arbeitsproduktivität und Lohnkosten in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland nach Branchen dar?

Für einen branchenmäßigen Vergleich der Arbeitsproduktivität sowie der Lohnkosten in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland liegen keine ausreichenden statistischen Unterlagen vor. Eine wesentliche Schwierigkeit für einen Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland ergäbe sich aus den zumeist sehr unterschiedlichen Qualitäten der Produkte und Dienstleistungen. Die Bundesregierung hat Wirtschaftsprüfungsunternehmen beauftragt, in DDR-Unternehmen das Verhältnis von Produktionsergebnis und Faktoreinsatz zu analysieren.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft bei Durchführung der Währungsunion zur Jahresmitte?

und

7. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen der Währungsunion bzw. der Währungsumstellung bei Preisen und Löhnen im Verhältnis von jeweils 1:1 auf die Absatzmöglichkeiten der DDR-Produktion insgesamt und nach Branchen ein?

Die künftige Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft wird maßgeblich durch die Konsistenz der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Zum Zeitpunkt der Einführung einer Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft müssen die marktwirtschaftlichen Grundvoraussetzungen wie Gewerbe-freiheit, Wettbewerb, freie Preisbildung, Privateigentum und freier Außenhandel geschaffen sein. Privatinitiative muß sich innerhalb des marktwirtschaftlichen Rechtsrahmens frei entfalten können.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft hängt ganz wesentlich von der Produktpalette und -qualität sowie vom künftigen Kostenniveau der DDR-Unternehmen ab. Der Umstellungssatz für Schulden der Unternehmen hat hierauf erheblichen Einfluß, während der Umstellungskurs bei den Löhnen nur über das Ausgangsniveau am Tage der Währungsumstellung entscheidet. Die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Unternehmen dürfte nach einer Währungsumstellung ganz unterschiedlich sein. Aufgrund dieser großen Variationsbreite sollte im Interesse der Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze ein Nominallohnniveau erreicht werden, das den Unternehmen mit hohen Produktivitätsfortschritten die Möglichkeit gibt, Einkommensverbesserungen rasch zu realisieren, und Unternehmen mit hohem Strukturanpassungsbedarf nicht gefährden.

Durch Übernahme des Rechtsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft und produktivitätsorientierten Umstellungssätzen bei Löhnen hat die DDR-Wirtschaft sehr gute Chancen, schnell an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Eine hinreichend zuverlässige Quantifizierung der Absatzmöglichkeiten bei alternativen Umstellungssätzen ist weder global noch sektoral möglich.

5. Welchen Einfluß wird die Einführung der DM in der DDR kurz- und mittelfristig auf das Spar- und Konsumverhalten der DDR-Bevölkerung und, im Zusammenhang mit der damit verbundenen Preisreform, auf Preisniveau, Produktion und Beschäftigung in der DDR haben?

Die Einführung der D-Mark in der DDR und Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland wird Preisstruktur, Produktion, Beschäftigung, Spar- und Konsumverhalten erheblich verändern. Konkrete Aussagen hierzu sind nicht möglich, da sich marktwirtschaftliche Prozesse im voraus nur unzureichend erfassen lassen.

Auch die Auswirkungen auf das Preisniveau sind aufgrund eines fehlenden repräsentativen Warenkorb, der sich zudem nach Einführung von Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft deutlich verändern dürfte, schwer abzuschätzen. Es ist davon auszugehen, daß sich die Preisstruktur verändern wird. Einerseits werden sich die Preise insbesondere bei Industriewaren und Genußmitteln (Kfz, Fernsehen, Textilien, Kaffee) auf das Niveau der Bundesrepublik Deutschland absenken, andererseits wird es insbesondere durch den Abbau von Subventionen bei Grundnahrungsmitteln zu Preissteigerungen kommen. Welche Auswirkungen sich insgesamt auf das Verbraucherpreisniveau ergeben werden, hängt davon ab, welche Annahmen über die Zusammensetzung der künftigen Warenkörbe der einzelnen Verbrauchergruppen getroffen werden.

Zu Produktion und Beschäftigung vergleiche Antwort zu Frage 4 und 7.

6. Wie sind die derzeitigen Preisverhältnisse zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland bei hochwertigen Konsumgütern (z. B. Autos, Farbfernsehern, Hifi-Geräten, PC), und wie sind die Lohnverhältnisse in den entsprechenden Branchen?

Da dem westlichen Standard entsprechende hochwertige Konsumgüter in der Deutschen Demokratischen Republik bis vor kurzem kaum zu erwerben waren, greift ein spezifischer Preisvergleich weitgehend ins Leere. Er kann sich z. B. bei den Autos nur an einem Typ orientieren, der in der Bundesrepublik Deutschland lediglich ein kleines Segment am unteren Rand des Marktspektrums einnimmt. Mit dieser Einschränkung zeigt sich für hochwertige Konsumgüter als Charakteristikum eine vergleichsweise besonders hohe Preisstellung in der Deutschen Demokratischen Republik, wobei der Mark (Ost)-Preis das Mehrfache des DM-Preises erreichen kann.

8. Wie hoch sind in der DDR derzeit die durchschnittlichen Löhne und Gehälter mit Sozialabgaben und Steuern belastet? Wie hoch wird die Belastung (absolut und in Prozentzahl) der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben werden, wenn sie an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung) beteiligt werden und die DDR die Grundelemente des bundesdeutschen Steuer- und Sozialversicherungsrechts übernimmt?

Das Ministerium für Arbeit und Löhne der Deutschen Demokratischen Republik schätzt den gegenwärtigen (Ende 1989/Anfang 1990) Jahresbruttolohn von jahresdurchschnittlich vollbeschäftigten Arbeitern und Angestellten auf 13 700 Mark. Darin sind abgabenfrei zugewendete Prämien und Kindergeld nicht enthalten.

Nach Angaben aus der gleichen Quelle betragen, auf den o. g. Bruttolohn bezogen, für den Arbeitnehmer

die Beiträge zur Pflichtversicherung	4,58 %
die Beiträge zur freiwilligen Zusatzrentenversicherung	1,84 %
die Lohnsteuer	9,36 %
<hr/>	
zusammen	15,78 %

Welche Belastung sich für den Arbeitnehmer in der Deutschen Demokratischen Republik bei Übernahme der „Grundelemente des bundesdeutschen Steuer- und Sozialversicherungsrechts“ ergibt, hängt von dessen konkreter Ausgestaltung in der Deutschen Demokratischen Republik ab und läßt sich demzufolge erst nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung einer Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft ermitteln.

9. In welchem Umfang sind vor dem Hintergrund des unvermeidlichen Strukturwandels Betriebsschließungen z. B. infolge von Illiquidität zu erwarten?

und

12. Wie groß schätzt die Bundesregierung die Zahl der Freisetzungen von Arbeitskräften vor allem in den vom Strukturwandel besonders betroffenen Branchen, und welche Arbeitslosenzahlen ergeben sich daraus für die DDR in den nächsten Jahren (optimistische und pessimistische Varianten)?

Eine konkrete Aussage hierzu ist nicht möglich, da sie in hohem Maße von den künftigen Rahmenbedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik für einen schnellen wirtschaftlichen Aufholprozeß abhängt.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Einführung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schon sehr bald die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft deutlich verbessern wird. Durch flankierende Maßnahmen zur Erleichterung des Strukturwandels, insbesondere auch durch Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Unternehmen, strebt die Bundesregierung an, die Zahl der Arbeitslosen und insbesondere die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit in engen Grenzen zu halten.

10. Könnte es nach Auffassung der Bundesregierung im Zuge der Währungsunion erforderlich werden, für bestimmte Betriebe in der DDR vorübergehend Kreditausfallbürgschaften und Ausgleichsforderungen zu übernehmen, um bruchartige Entwicklungen zu vermeiden?

Die Bundesregierung prüft zur Zeit denkbare Möglichkeiten, um die Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft zu begleiten. In diese Prüfung sind auch Kreditausfallbürgschaften und Ausgleichsforderungen einbezogen.

11. Wie hoch ist die Zahl der Beschäftigten in der DDR insgesamt, und wie verteilen sie sich auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren?

Die Erwerbstätigenzahlen der Deutschen Demokratischen Republik insgesamt und nach Wirtschaftsbereichen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen*) in 1 000

Wirtschaftsbereich	
Insgesamt	8885,8
Land- und Forstwirtschaft	959,9
Produzierendes Gewerbe	4 480,8
darunter	
Handwerk ¹⁾	281,3
Baugewerbe	597,8
Handel	908,1
Verkehr und Nachrichtenwesen	673,2
Sonstige Bereiche	1 863,7

*) Stand: 30. September 1989.

¹⁾ Ohne Bauhandwerk

13. Welchen Bedarf an Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen sieht die Bundesregierung, und wie sollen diese Maßnahmen finanziert werden?

Qualifizierung und Umschulung sind wichtige Ansatzpunkte zur Flankierung des Anpassungsprozesses in der Deutschen Demokratischen Republik. Dabei kommt es vor allem darauf an, den besonderen Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik Rechnung zu tragen. Inwieweit Maßnahmen in Anlehnung an das in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehende Instrumentarium in Frage kommen, wird mit den betroffenen Stellen in der Deutschen Demokratischen Republik erörtert.

Die Bundesregierung plant Hilfestellungen zur Durchführung von Modellprojekten der beruflichen Weiterbildung durch finanzielle Förderung.

14. Wie groß ist der voraussichtliche Zeit- und Kapitalbedarf für die Bewältigung des Strukturwandels, und welchen Beitrag wird die Bundesrepublik Deutschland hierbei leisten müssen?

Der voraussichtliche Zeit- und Kapitalbedarf für die Bewältigung des Strukturwandels in der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich derzeit nicht zuverlässig abschätzen. Der Strukturwandel

muß durch Zuführung von privatem Kapital bewältigt werden. Bei günstigen Rahmenbedingungen läßt sich der Bedarf – wie das große Interesse potentieller Investoren zeigt – decken. Entscheidend ist, daß die Voraussetzungen für die Soziale Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik schnell geschaffen werden.

Die Bundesregierung hat bereits im Haushalt und Nachtragshaushalt 1990 erhebliche Mittel zur Bewältigung des Strukturwandels in der Deutschen Demokratischen Republik bereitgestellt. Sie ist zu weiteren Hilfen bereit, die sich gegenwärtig noch nicht quantifizieren lassen.

